Wie nutzten Politikerinnen und Politiker Informationen?

Lukas Summermater und Labinot Demaj

Wahrscheinlich kennen auch Sie das Gefühl, in der Informationsflut zu versinken, aber gleichzeitig die richtigen Informationen nicht zur Verfügung zu haben. Diesem und verwandten Phänomenen geht das Forschungsprogramm "Politicians' Information Need and Use (PINU)" nach.

Als Folge der Reformen der letzten zwei Jahrzehnte, insbesondere der Kompetenzdelegation, der Ergänzung der Ressourcen um eine Leistungs- und Wirkungsperspektive sowie der zunehmenden Digitalisierung werden Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit immer mehr und anderen Informationen versorgt bzw. konfrontiert. Durch Leistungsaufträge, Produktgruppenbudgets, integrierte Aufgaben- und Finanzpläne usw. erhält die Politik neben finanziellen auch zahlreiche nicht-finanzielle Informationen. Je nach Instrument wird die Politik damit lediglich informiert oder aber zu konkreten Entscheiden aufgefordert. In jedem Fall geht man davon aus, dass die bereitgestellten Informationen für die Politik relevant sind.

Meist wird die Entscheidung, welche Informationen der Politik in welcher Art und in welchem Umfang zur Verfügung gestellt werden, in der Verwaltung getroffen. Wenn überhaupt stützt sie sich bei der Diskussion der Informationsbedürfnisse der Politik auf diesbezügliche Befragungen. Diese zeigen aber, was die Politik gerne hätte, nicht was sie tatsächlich nutzt. Studien belegen, dass unabhängig von den vorhandenen Informationen stets mehr Informationen gefordert werden.

Das Forschungsprogramm PINU befasst sich mit dem Informationsverhalten von Politikerinnen und -politikern und zielt darauf ab, die Rolle von Informationen in kritischen Entscheidungssituationen zu eruieren. Daraus sollen Aussagen über eine bedürfnisgerechte Ausgestaltung von Informationssystemen abgeleitet werden. Im Zentrum des Programms stehen die folgenden vier Fragen:

- Wie gehen Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit den Informationen um, die ihnen zur Verfügung stehen (Bewältigung der Informationsflut)?
- Wie selektieren Parlamentarierinnen und Parlamentarier Informationen in unterschiedlichen Entscheidungssituationen (Aufgabengerechte Informationsauswahl)?
- Wie beeinflusst die bereitgestellte Information die politische Entscheidung (Subjektive Interpretation der Information)?
- Wie beeinflusst das politische Umfeld die Informationsselektion und die -nutzung (bspw. im Verhältnis zum Umfeld öffentliche Verwaltung)?

Durch einen ganzheitlichen, interdisziplinären Ansatz und eine Kombination von konventionellen und neuen Forschungsmethoden versucht PINU konzeptionelle und methodische Defizite bisheriger Forschungsarbeiten zu überwinden. Grosse Erwartungen werden dabei auf den Einsatz des Eye-Tracking-Verfahrens gesetzt. Beim Eye-Tracking (vgl. Bild) werden die Blickbewegungen einer Person aufgezeichnet. Damit lässt sich analysieren, was eine Person (z.B. in einem Dokument) betrachtet und was nicht sowie wie lange und in welcher Reihenfolge sie etwas betrachtet. Aus den so gewonnen Daten können unter anderem Rückschlüsse darauf gezogen werden, wie spezifische Informationsquellen gelesen werden, wie Informationen selektiert bzw. ausgeschlossen werden und - durch die Einbettung in Experimente - welchen Einfluss unterschiedliche Formen der Informationsbereitstellung auf Entscheidungen ausüben. Die folgende Abbildung zeigt beispielhaft eine mögliche Auswertung des Eye-Tracking Verfahrens. Dabei wird grafisch dargestellt, wie intensiv die einzelnen Bereiche eines Dokumentes betrachtet wurden.





Auswertung der Betrachtung eines Dokuments

Erkenntnisse aus diesen und ähnlichen Fragen sollen dabei helfen, den Informationsfluss zwischen Parlament, Regierung und Verwaltung zu verbessern.

Das Forschungsprogramm PINU ist vorerst auf zwei Jahre angelegt und wird von den Kantonen Aargau und Zürich unterstützt.